



## **Schriftliche Anfrage**

des Abgeordneten **Ferdinand Mang AfD**  
vom 14.06.2024

### **Schwierigkeiten und Gefährdungen bei der Durchführung von Zwangsvollstreckungen**

Mir wurde berichtet, dass Gerichtsvollzieher in Bayern vermehrt Schwierigkeiten und Gefährdungen bei der Durchführung von Zwangsvollstreckungen, insbesondere im Zusammenhang mit Clan-Mitgliedern, erfahren. Diese Berichte beinhalten Vorfälle von Angriffen, Beschädigungen von Fahrzeugen und Drohungen gegen Gerichtsvollzieher.

Die Staatsregierung wird gefragt:

1. Wie viele Vorfälle von Angriffen, Beschädigungen von Fahrzeugen oder Drohungen gegen Gerichtsvollzieher wurden in den letzten fünf Jahren in Bayern gemeldet? ..... 2
  2. Wie viele dieser Vorfälle stehen im Zusammenhang mit Clan-Mitgliedern? ..... 2
  3. Wie viele Zwangsvollstreckungen konnten nicht durchgeführt werden und aus welchen Gründen? ..... 2
  4. Welche konkreten Maßnahmen hat die Staatsregierung ergriffen, um die Sicherheit der Gerichtsvollzieher während der Zwangsvollstreckungen zu gewährleisten? ..... 2
  5. Welche Unterstützungsmöglichkeiten stehen Gerichtsvollziehern zur Verfügung, die Opfer von Bedrohungen oder Angriffen werden, und wie werden diese Maßnahmen in der Praxis umgesetzt? ..... 2
  6. Gibt es spezielle Schulungen oder Fortbildungen für Gerichtsvollzieher in Bayern, die sie auf den Umgang mit gefährlichen Situationen oder Bedrohungen, insbesondere im Zusammenhang mit Clan-Mitgliedern, vorbereiten? ..... 3
- Hinweise des Landtagsamts ..... 4

# Antwort

**des Staatsministeriums der Justiz**

vom 18.07.2024

- 1. Wie viele Vorfälle von Angriffen, Beschädigungen von Fahrzeugen oder Drohungen gegen Gerichtsvollzieher wurden in den letzten fünf Jahren in Bayern gemeldet?**
- 2. Wie viele dieser Vorfälle stehen im Zusammenhang mit Clan-Mitgliedern?**

Die Fragen 1 und 2 werden wegen des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Dem Staatsministerium der Justiz liegen auswertbare Daten zu Gewaltvorfällen vor, die sich gegen im Geschäftsbereich tätige Bedienstete (Staatsministerium, allgemeine Justiz und Justizvollzug) im Gesamten richten. Auswertbare Daten zur Berufsgruppe der Gerichtsvollzieher im Besonderen, zu Sachbeschädigungen von Fahrzeugen und zu etwaigen Zusammenhängen mit „Clan-Mitgliedern“ liegen dagegen nicht vor.

- 3. Wie viele Zwangsvollstreckungen konnten nicht durchgeführt werden und aus welchen Gründen?**

Dem Staatsministerium der Justiz liegen keine statistischen Daten zu gescheiterten Zwangsvollstreckungen vor. Entsprechende Daten wären nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand (händische Durchsicht der Akten) zu ermitteln.

- 4. Welche konkreten Maßnahmen hat die Staatsregierung ergriffen, um die Sicherheit der Gerichtsvollzieher während der Zwangsvollstreckungen zu gewährleisten?**
- 5. Welche Unterstützungsmöglichkeiten stehen Gerichtsvollziehern zur Verfügung, die Opfer von Bedrohungen oder Angriffen werden, und wie werden diese Maßnahmen in der Praxis umgesetzt?**

Die Fragen 4 und 5 werden wegen des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Der Schutz aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der bayerischen Justiz hat höchste Priorität. Angriffe gegen Justizbedienstete sind direkte Angriffe gegen den demokratischen Rechtsstaat. Straftaten werden daher konsequent verfolgt.

Werden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Justiz bedroht, angegriffen oder mit unberechtigten Schadensersatzforderungen konfrontiert, erhalten sie Unterstützung durch ihren Dienstherrn.

Als allgemeine Hilfestellung für Justizbedienstete gibt es interne Hinweise zum Umgang mit schwierigen Verfahrensbeteiligten. Diese sensibilisieren die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an den Gerichten und Justizbehörden für die Thematik und geben ihnen für typische Fallkonstellationen rechtliche und praktische Hilfestellungen. Die Hinweise werden regelmäßig unter Federführung des Staatsministeriums der Justiz aktualisiert.

Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollzieher können in Bayern schnell und unbürokratisch bei der Polizei vorliegende Erkenntnisse zur potenziellen Gefährlichkeit von Vollstreckungsschuldnern abfragen. Bei schwierigen Außenterminen, wie z. B. Zwangsräumungen, können sie durch die Polizei unterstützt werden.

Die Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollzieher, die schon alleine aufgrund der von ihnen ausgeübten Tätigkeit im Vergleich zu anderen Berufsgruppen größeren Gefahren ausgesetzt sind, haben zudem zum Schutz vor Angriffen Zugriff auf ballistische Schutzwesten. An vielen Gerichtsstandorten existieren hierfür Poolösungen, bei denen die Amtsgerichte Schutzwesten beschaffen, die von den Gerichtsvollziehern bei Bedarf genutzt werden können.

Seit 2015 werden die Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollzieher in Bayern dienstlich mit Pfefferspray ausgestattet.

Alle aktiven Gerichtsvollzieherinnen, Gerichtsvollzieher und Auszubildende in Bayern erhalten zudem seit 2023 auf Wunsch kostenfrei eine Schutzjacke aus Spezialgewebe mit hohem Schnitt- und Stichschutz.

Demnächst soll auch ein mobiles Alarmsystem für im Außendienst tätige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter pilotiert werden. Das System soll es im Konfliktfall den Bediensteten ermöglichen, rasch Hilfe herbeizurufen. Die Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollzieher werden in die Pilotierung einbezogen.

Ressortübergreifend enthält schließlich das Gewaltschutzprogramm für den öffentlichen Dienst in Bayern zahlreiche Präventions- und Interventionsmaßnahmen, um Bedienstete vor Gewalt zu schützen oder bei erfolgten Gewalttaten zu unterstützen. Insofern wird auf die frei zugänglichen umfangreichen Informationen auf der Homepage des Staatsministeriums der Finanzen und für Heimat verwiesen: [www.stmfh.bayern.de](http://www.stmfh.bayern.de)<sup>1</sup>.

**6. Gibt es spezielle Schulungen oder Fortbildungen für Gerichtsvollzieher in Bayern, die sie auf den Umgang mit gefährlichen Situationen oder Bedrohungen, insbesondere im Zusammenhang mit Clan-Mitgliedern, vorbereiten?**

Für Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollzieher in Bayern wird seitens des Staatsministeriums der Justiz regelmäßig ein mehrtägiges Seminar zur Gefahrenerkennung, Konfliktbewältigung und Deeskalation angeboten. Gegenstand des Seminars ist der richtige Umgang mit Gefahrenlagen. Es werden unter anderem Themen wie „Gefahrenreduzierung im Arbeitsalltag“, „Praktische Rollenspiele: richtig reagieren in Gefahrenlagen“ sowie „Amokgefährdung und Verhalten im Amokfall“ behandelt.

---

1 [https://www.stmfh.bayern.de/oeffentlicher\\_dienst/mitarbeiterschutz/](https://www.stmfh.bayern.de/oeffentlicher_dienst/mitarbeiterschutz/)

**Hinweise des Landtagsamts**

Zitate werden weder inhaltlich noch formal überprüft. Die korrekte Zitierweise liegt in der Verantwortung der Fragestellerin bzw. des Fragestellers sowie der Staatsregierung.

—————

Zur Vereinfachung der Lesbarkeit können Internetadressen verkürzt dargestellt sein. Die vollständige Internetadresse ist als Hyperlink hinterlegt und in der digitalen Version des Dokuments direkt aufrufbar. Zusätzlich ist diese als Fußnote vollständig dargestellt.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter [www.bayern.landtag.de/parlament/dokumente](http://www.bayern.landtag.de/parlament/dokumente) abrufbar.

Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter [www.bayern.landtag.de/aktuelles/sitzungen](http://www.bayern.landtag.de/aktuelles/sitzungen) zur Verfügung.